

Aus: Palästina Nachrichten -Mitteilungen der Vereinigung der Freunde Palästinas in Berlin-Brandenburg e.V., Nr. 57 / 18. Juni 2003

SCHARON UND DIE „OUTPOSTS“: „DIE BESTEN DER BESATZER“

Das einzig (scheinbar) greifbare Zugeständnis Ariel Scharons in Aqaba lautete: Abbau von 17 „illegalen“ Siedlungsvorposten („Outposts“). Dabei ist die Unterscheidung der Siedlungen im Westjordanland oder im Gaza-Streifen in „illegal“ oder „rechtmäßig“ einigermaßen irreführend. Da die 4. Genfer Konvention in Artikel 49 das Siedeln auf erobertem Land untersagt, sind schließlich völkerrechtlich alle - alle! - israelischen Siedlungen in den palästinensischen Gebieten illegal.

Die Siedlerbewegung hat in den letzten Jahren damit begonnen, zwischen den existierenden Siedlungen Wohnwagen aufzustellen und als „Outposts“ zu markieren. Beispielsweise errichtete sie zwischen der Siedlung Ariel und einem benachbarten Siedlungsblock, darunter der Siedlung Rehelim, den Outpost Nofei Nehemia. Insgesamt besetzen diese Vorposten allein rund um Rehelim 2500 Hektar Land. Auch Rehelim ist im Dezember 1991 als „illegaler Outpost“ entstanden, wurde jedoch 1999 von der Regierung als „zivile Siedlung“ anerkannt. Heute befinden sich dort 14 Häuser, die das israelische Wohnungsbauministerium hochziehen ließ. Junge Neu-Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion errichteten dann das benachbarte Nofei Nehemia, das unter Verteidigungsminister Ben Eliezer (Regierung Barak) geräumt wurde. Im Februar 2003 wurde Nofei Nehemia erneut besiedelt. Der Rat der Siedler (Yesha) erklärt nun, Nofei Nehemia sei „halblegal“, denn man habe seinerzeit mit Ben Eliezer den Wiederaufbau vereinbart, sobald eine ordentliche Planungsprozedur eingeleitet sei. (Laut Ha'aretz, 10. Juni).

Nun also die 17 „illegalen“ Vorposten. Bemerkenswerterweise kommt der Begriff „illegal“ in der Roadmap nicht vor. Dort heißt es vielmehr, die israelische Regierung „immediately dismantles settlement outposts erected since March 2001. Consistent with the Mitchell Report, ... freezes all settlement activity (including natural growth of settlements)“. Also: Sofortige Räumung aller Siedlungsvorposten, die seit dem März 2001 errichtet wurden und Einfrieren aller Siedlungsaktivität (einschließlich des natürlichen Wachstums der Siedlungen). Als US-Außenminister Powell bei Ariel Scharon wegen des "natürlichen Wachstums" nachhakte, antwortete der zynisch, „man könne doch nicht verlangen, daß eine Mutter ihr Kind abtreibe, nur weil sie in einer ‘Siedlung’ wohne. In ‘Judäa und Samaria’ lebten ‘die Besten der jungen Generation’.“ (Frankfurter Allgemeine, 13. Mai). Später sagte Scharon auf die Frage, was ein Baustopp jüdischer Siedlungen für die Siedler bedeute: „Es wird in dieser Hinsicht keine Beschränkungen geben, Sie werden für Ihre Kinder und Ihre Enkel bauen können, und ich hoffe außerdem für die Kinder Ihrer Enkel!“ (Süddeutsche Zeitung, 28. Mai). „Israels Siedlungsappendix ist kostspielig“ bemerkte die Süddeutsche Zeitung (6. Juni). „Jährlich fließen 250 Millionen Euro zur Unterhaltung der Siedlungen in die Gebiete, 33 Milliarden Dollar hat Israel nach Schätzungen bislang in die Siedlungen und den Schutz durch Zehntausende Soldaten investiert. Potenzielle Siedler werden mit günstigen Baukrediten ins Westjordanland gelockt. Schon für 50000 Dollar kann man sich den Traum von Einfamilienhaus und Garten erfüllen, so nah am Todfeind wie wohl nirgendwo sonst.“

Die „Besten“ der Besatzergeneration haben 116 Outposts errichtet, von denen Peace Now zufolge allerdings 30 nicht bewohnt seien. Im April hieß es: „Von den 86, die bewohnt sind, beherbergen

31 bis zu fünf Familien, und weitere 16 bis zehn Familien. Es gibt auch zwei Outposts mit zehn bis zwanzig Familien, einen mit 27 Familien und zwei mit 30 bis 40 Familien.“ Die Mehrheit dieser Vorposten - 48 - seien nach dem Amtsantritt Scharons im März 2001 errichtet worden, 33 in der Amtszeit von Benjamin Netanjahu und 22 unter Ehud Barak. Alle „wurden in der eindeutigen Absicht errichtet, soviel Land wie möglich zu besetzen ... um einen territorialen Zusammenhang zwischen Siedlungen und entlang der Hauptstraßen zu schaffen. Dies war eine radikale Abkehr von der früheren Haltung der Siedlerbewegung, die sich mehr auf die Erhöhung der Zahl der Siedler als auf die physische Größe der Siedlungen konzentriert hatte.“ (Ha'aretz, 3. Juni).

Nachdem die USA die Räumung von mindestens 94 Vorposten verlangten, sagte Verteidigungsminister Mofaz, man werde erst einmal 15 beseitigen, und dann „eventuell“ 15 weiteren „abhängig davon, ob die Palästinenser Aktivitäten unternehmen, die die Roadmap von ihnen fordert.“ Die Siedler aber ließen wissen, sie würden für jeden geräumten Outpost zwei neue errichten. (Ha'aretz, 10. Juni).

„Regierungschef Ariel Scharon sucht der Welt weiszumachen, er meine es ernst mit seinem Angebot, auch schmerzhaft Kompromisse zu schließen,“ schrieb die Süddeutsche Zeitung (11. Juni). „Doch die Außenposten der Siedlungen, die er nun räumen läßt, sind fast alle unbewohnt und, wie Kabinettsmitglieder zugeben, völlig unwichtig. Zugleich ordnet Scharon die Liquidierung eines Hamas-Führers an, was verheerende Terroranschläge nach sich ziehen wird. Ausgerechnet zum jetzigen sensiblen Zeitpunkt, an dem der Friedensfahrplan in seine erste Phase tritt, bricht Israel sein Versprechen, sich zurückzuhalten.“ Die Frankfurter Rundschau (11. Juni) beobachtete nach dem Angriff auf den Hamas-Führer Rantisi noch einen weiteren Aspekt: Scharon habe den Angriff angeordnet „trotz der Bitte von US-Präsident George W. Bush beim Friedensgipfel von Aqaba in der vorigen Woche, Israel möge sich in militärischer Zurückhaltung üben. Scharon hielt sich daran nicht. Vielleicht, mutmaßte der Kommentator Chemi Schalev, wollte er so die israelische Rechte für die Räumung von Siedlerposten entschädigen.“

Über die Bewohner der „Outposts“ schrieb Jörg Bremer in der Frankfurter Allgemeine (10. Juni): „Trotz staatlicher Hilfen und niedriger Preise leben heute gerade einmal drei Prozent der Israelis in Siedlungen - und das schließt die Wohnviertel rund um Jerusalem ein: Da kaum mit einem großen Zustrom von Einwanderern gerechnet werden kann - derzeit wandern mehr russische Juden nach Deutschland aus als nach Israel -, muß die Siedlungsbewegung ihr Ende befürchten. Das demographische Verhältnis zwischen Arabern und Juden zwingt Israel dazu, Siedlungen aufzugeben, um im Kernland die jüdische Mehrheit zu stärken. Das sei ein zentrales Argument für Ministerpräsident Scharon, sich dem internationalen Friedensplan zu beugen, heißt es in seiner Umgebung. Die Siedler fühlen sich verraten. Immerhin war es der Staat, waren es 'rechte' wie 'linke' Parteien, die das Siedlungswerk in den meisten Jahren seit 1967 laut oder leise förderten; und Scharon galt bisher als einer der Väter der Siedlungen. Während sich die Mehrheit der Siedler einem demokratisch verfügten Abzug beugen würde, wächst derzeit eine Gruppe, die nicht gehorchen will. Das ist die zweite oder dritte Siedlergeneration, die in den letzten Monaten mit Vorliebe unbewohnte Hügel besetzte und nun als erste gehen soll. Schlomo Kaniel von der Bar-Ilan-Universität veröffentlichte vor kurzem eine Studie über sie. Der Wissenschaftler gibt dabei unumwunden zu, daß er wohl auch zu dieser Gruppe, gehören würde, wäre er ähnlich jung wie sie. Diese 'Hügel-Jugend' hält sich nach dem Bericht in 'Yediot Ahronot' zu mehr als 50 Prozent für 'sehr religiös'. Sie will sich dabei aber nicht unbedingt größeren ultraorthodoxen Gruppen anschließen. Die meisten sind Individualisten. Zwanzig Prozent von ihnen waren nicht

in der Armee, denn sie sei nur 'der lange Arm einer Regierung, die sich disqualifiziert hat'. (...) Eine Minderheit gibt offen zu, daß sie es für gerechtfertigt hält, Araber aus Rache zu töten. Während nach der Erhebung die Väter der Siedlerbewegung noch Respekt für die Demokratie hatten, ist den Jugendlichen ihre Religion wichtiger: Für sie ist ihre Religion allen anderen Religionen überlegen. Die möglicherweise Gewaltbereiten unter diesen jungen Siedlern könnten auf Gesinnungsgenossen in Israel rechnen, heißt es in einer anderen Studie von der Universität Haifa. Danach nehme allgemein auch in Israel die Wertschätzung der Demokratie ab und die Bereitschaft zu Gewalt zu. Es sei kein Zufall gewesen, daß der Attentäter von Ministerpräsident Rabin nicht aus den besetzten Gebieten stamme, sondern aus Herzlija bei Tel Aviv, heißt es da. 55 Prozent der Jungen rechtfertigten den Einsatz von Waffen, um die Regierung daran zu hindern, ihre Politik durchzusetzen. 17 Prozent schlossen Gewalt gegen Politiker nicht aus, heißt es in der Studie. Solch hohe Zahlen finde man unter den Siedlern nicht.“

Zum gleichen Thema meinte Norbert Jessen in Die Welt (12. Juni): „Kein Tag vergeht, an dem sich auf den Hügeln im Westjordanland nicht wieder etwas verändert. Mal ist es ein Antennenmast, der über Nacht wuchs. Bald folgt eine kleine Hütte für den nun erforderlichen Wächter. Woanders mag es eine noch einfachere, fensterlose Hütte sein. Häufig sind es Wasserspeicher, die plötzlich in die Höhe ragen. Irgendwann kommen dann die klobigen Wohncontainer. Meist nach Monaten, manchmal schon nach wenigen Tagen. Und wieder ist ein Außenposten fertig - ein 'Ma'achas'. Ihre Namen ähneln sich wie ihr Äußeres, und meist geht es hoch hinaus: Fahnenhügel. Ganzfelsen. Rechavam-Anstieg. Oder ganz einfach Hügel 833 oder Hügel 857. Die Pioniere sind schneller als Namen - richtige Namen. Beliebt sind solche getöteter Siedler, die in den Intifada-Kämpfen einem der häufigen Schußhinterhalte zum Opfer fielen. 'Die beste Antwort auf Mord ist eine neue Siedlung.' Ein oft gehörter Satz unter der 'Hügeljugend', die vor allem der zweiten Siedlergeneration entstammt. Sie wollen es ihren Eltern zeigen: Deren Altsiedlungen sind mittlerweile zu Städten herangewachsen und verraten nichts mehr von der alten Pionierstimmung, die in den Siebzigern weite Teile der religiös-nationalen Jugend Israels packte. Orthodoxe Jugendliche, ausgeschlossen vom Pionierwerk vor der Staatsgründung. Ein Nachholbedarf entstand, der von der messianischen Stimmung nach dem Sechstagekrieg 1967 noch angeheizt wurde. In den Siedlungen von damals stehen heute Einkaufszentren. (...) Damals hieß es noch 'illegale Siedlungen'. Die jetzige Regierung hat eine neue Sprachregelung: unbewilligte Siedlungen. Statt klarer Ächtung läßt der neue Name die Möglichkeit künftiger Bewilligung anklingen. Und so läuft es auch meist. Unter dem linken Verteidigungsminister Benjamin Ben-Eliezer wurden voriges Jahr über 50 illegale Siedlungen gezählt. 20 meist unbewohnte Außenposten wurden geräumt. Heute stehen sie wieder - meist bewohnt. Unbestätigten Zahlen zufolge sind zurzeit um die 20 Außenposten für die Regierung 'unbewilligt'. Die Presse zählt weit über 60, Menschenrechtsorganisationen kommen auf über 100. In der Regierungskoalition wurde hart über deren Legitimität diskutiert. 'Es gibt keine illegalen Siedlungen', stellte die Ministerin Limor Livnat fest, 'die Ansiedlung von Juden kann nirgendwo im Heiligen Land illegal sein.' Minister Avraham Poraz von den Liberalen konterte: 'Rücken Sie schon mal Ihr Sofa zur Seite. Ich siedle in Ihrem Wohnzimmer.'“

Abschließend hieß es: „Geht es wirklich um die Räumung von Siedlungen? Will Scharon wirklich als Friedensstifter in die Geschichte eingehen? Oder ist es doch der alte Scharon, der nur Geschichten machen will? Der Scharon von 1981, der Potemkinsche Dörfer in den Sinai pflanzte, um sie ein paar Wochen später kamerawirksam 'räumen' zu lassen. Nachdem er noch 'Widerstand leistende Siedler' in der Nacht zuvor herankarren ließ. Eytan Haber, Vertrauter von Jizchak Rabin und langjähriger Bekannter Scharons, kennt den Unterschied zwischen beiden:

‘Alles in allem wird Scharon, der erfahrenste Politiker Israels, außer Peres natürlich, nicht verzichten, nicht abreißen, nicht räumen und keinen seiner letzten Beschlüsse auch nur im Ansatz verwirklichen. Er ist sich sicher, daß die Palästinenser ihre Versprechungen nicht einhalten können und eigenhändig mit ihren Waffen die Friedensinitiative des Gottes in Washington ersticken werden. Scharons lange Erfahrung sagt ihm, daß er Recht hat.’“

Wenn Scharon jetzt wirklich sieben oder zehn „Outposts“ räumen lasse, so sei damit garnichts gewonnen, schrieb Ha’aretz (4. Juni). „Viele von ihnen wurde nur dazu errichtet, damit man sie wieder wegschafft wie eine Ziege aus einem überfüllten Gehege.“ Und: „Die Roadmap muß ein echtes Einfrieren der gegenwärtigen Siedlungen beinhalten. Ohne diese Etappe werden wir niemals den notwendigen nächsten Schritt erreichen: Eine große Zahl der älteren Siedlungen in den besetzten Gebieten aufzulösen.“

Die Jerusalem Post (17. Juni) meldet, das israelische Oberste Gericht habe eine einstweilige Verfügung gegen die geplante Räumung eines „Outpost“ bei der Siedlung Yitzhar erlassen. „Am Wochenende,“ berichtet Ha’aretz (ebenfalls am 17. Juni) „versammelten sich Dutzende der ‘Hügeljugend’ in einem Outpost bei Yitzhar, um sich gegen eine erwartete Räumung zu wehren. Als die [israelische] Armee nicht kam, tobten sie durch das benachbarte palästinensische Dorf Inbus, verbrannten Eigentum und stahlen Kühe. Die Armee gab das gestohlene Vieh später zurück.“ Am Tag zuvor waren vier neue „Outposts“ gegründet worden.